

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kühn (Hildesheim), Horn, Stingl,  
Müller (Berlin) und Genossen

betr. **Familienzusammenführung**

Uns liegen Berichte über eine besondere Notlage alter, kranker oder pflegebedürftiger Personen in der sowjetisch besetzten Zone vor. Diesen Personen war zum Teil vor dem 13. August 1961 die Ausreisegenehmigung zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik bereits erteilt worden. Sie haben daraufhin teilweise ihr dortiges Eigentum verkauft. Die erteilte Genehmigung ist nach dem 13. August rückgängig gemacht worden, den Angehörigen aus der Bundesrepublik die Einreise und der Besuch ihrer notleidenden alten Angehörigen verweigert worden.

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen diesen Menschen zur Ausübung ihrer ihnen auch in der sowjetisch besetzten Zone verfassungsrechtlich zugesicherten Menschenrechte zu verhelfen?

Bonn, den 17. Januar 1962

Kühn (Hildesheim)	Dr. Huys
Horn	Illerhaus
Stingl	Josten
Müller (Berlin)	Dr. Jungmann
Becker	Frau Kalinke
Benda	Katzer
Frau Dr. Bleyler	Frau Klee
Frau Blohm	Kuntscher
von Bodelschwingh	Leonhard
Dr. Böhm (Frankfurt)	Mick
Böhme (Hildesheim)	Dr.-Ing. Philipp
Brese	Porten
Bühler	Riedel (Frankfurt)
Burgemeister	Ruf
Diebäcker	Scheppmann
Dr. Dittrich	Frau Schroeder (Detmold)
Eichelbaum	Dr. Stecker
Dr. Elbrächter	Storm
Finckh	Varelmann
Dr. Franz	Verhoeven
Dr. Götz	Frau Welter (Aachen)
Dr. Hauser	